

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891**

16.11.1891 (No. 314)

# Karlsruher Zeitung.

Montag, 16. November.

N<sup>o</sup> 314.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.  
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem Oberregierungs-rath Dr. Lybtin in Karlsruhe die unterthänigst nach-gesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem König der Belgier verliehenen Offizierskreuzes des Königlich Belgischen Leopold-Ordens zu ertheilen.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. November.

Die Antwort des Kaisers Franz Josef auf die An-sprachen der beiden Delegationspräsidenten hat bekannt-lich in einigen Blättern die Auffassung hervorgerufen, als ob die auswärtige Lage wieder eine minder befre-digende geworden sei. Diese Auffassung ist schon in einer am Samstag von uns wiederergebene Note der „Buda-pesther Korrespondenz“ für unzutreffend erklärt worden. Es erhielt sich aber in einigen österreichischen Blättern ein pessimistische Anschauung der Lage, da es hieß, der Kaiser habe sich in einer Audienz des Abgeordneten Ja-worski, des polnischen Parteiführers, besorgt hinsichtlich der Friedensausichten ausgesprochen. Auch diese Meldung ist unbegründet. Der Polenklub des österreichischen Ab-geordnetenhauses verleiht eine Erklärung, daß der Be-zicht über kriegerische Aeußerungen des Kaisers der Wahr-heit nicht entspreche. Nach dieser Mittheilung soll der Kaiser allerdings die Lage als zu ernst bezeichnet haben, um die von den Polen gewünschte Dezentralisation der Eisenbahnen zuzulassen. Der Kaiser habe die militärischen Möglichkeiten bezüglich der Eisenbahnfrage erwähnt, ohne jedoch von einer aktuellen Kriegsgefahr zu sprechen. In Uebereinstimmung damit berichtete auch die Wiener „Abendpost“, daß der Kaiser die ihm zugeschriebenen Aeußerungen hinsichtlich einer Verschärfung der politischen Lage nicht gethan habe. Eine Darlegung der politischen Situation von amtlicher Seite ist nur am Samstag im Ausschusse der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten erfolgt. Dort hat der gemeinsame Mi-nister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Kalnoth, einen Ueberblick über die allgemeine politische Situation gegeben, der, ohne den Ernst der Weltlage zu unter-schätzen, doch einer pessimistischen Beurtheilung der letzteren entgegentritt. Nach einem Berichte der „F. Z.“ haben die Erklärungen des Grafen Kalnoth folgenden Inhalt gehabt:

In Beantwortung mehrerer Anfragen sagte Graf Kalnoth: Gegenüber den skeptischen Auffassungen, welche in den letzten Tagen unter Bezugnahme auf die Thronrede laut wurden, müsse er konstatieren, daß in diesem Augenblicke keine Befürchtungen, welche eine Unterbrechung der Friedensperiode betreffen, begründet sind. Unsere Beziehungen zu allen Mächten sind durchaus freundschaftlich und die authentischen Versicherungen aller Ka-binette geben dahin, daß kein Staat irgend einen Angriff gegen einen Nachbarstaat beabsichtige. Allerdings stehen damit im Widerspruch gewisse militärische Erscheinungen, welche die Friedensüberwacht zu erschüttern vermögen, doch ist überall nicht nur Friedensüberwacht, sondern auch Friedensbedarf vorhanden. Die Politik unserer Regierung ist durchaus friedlich, die geschlossenen Bündnisse sind rein defensiver Natur. Die Erneuerung der Bündnisse ist aus ähnlichen Gründen vor ihrer Ablaufzeit erfolgt, wie dies bei dem Abschluß von Handelsverträgen vor ihrer Kündigung zu erfolgen pflegt. Zwischen den beteiligten Kabinetten herrscht volle Einmüthigkeit darüber, daß die Bündnisse sich bewährt haben und im Interesse der einzelnen Staaten wie in dem der Allgemeinheit liegen. Eine Aenderung der bereits existierenden Bündnisse ist in ihrem Wesen war nicht nöthig; alle Mitglieder der Bündnisse werden weder größere Pflichten noch Lasten als früher tragen. Aus der Erneuerung unserer Bündnisse geht hervor, daß unser Verhältnis zu Deutsch-land nicht nur unverändert geblieben, vielmehr sich vertieft und befestigt hat, wie dies natürlich ist bei einem langdauernden freundschaftlichen Bündnisse. Bei den bezüglichen Verhandlungen hat sich auch zwischen den leitenden Staatsmännern ein vollständiges persönliches Einvernehmen und gegenseitiges Vertrauen ergeben. Die Vorfälle der letzten Monate wurden durch die Eigenhämlichkeit unserer sensationellen Zeit vielfach übertrieben. Die Londoner Reise Kaiser Wilhelms war nicht der Ausgangspunkt einer neuen politischen Kombination, sondern das Resultat der bereits bestehenden Verhältnisse. Der Empfang des Deutschen Kaisers wäre nicht so glänzend gewesen, wenn nicht in England Sympathien für den Dreibund vorhanden wären, dessen Politik sich mit den Interessen Englands in Ueber-einstimmung bringen läßt. Ebenso wären die anlässlich der Flotten-revue in Kronstadt stattgehabten Demonstration nicht möglich gewesen, wenn nicht zwischen Rußland und Frankreich bereits eine große Intimität bestanden hätte; rücksichtlich der Folgen der Kron-sstädter Ereignisse könne er, der Minister, aber nicht die Auffassung theilen, daß durch die Flottenrevue eine Aenderung der europä-ischen Lage herbeigeführt worden wäre. Es haben sich mehr Ge-fährlichkeiten als praktische Folgen gezeigt. Rüksichtlich

des Orients konstatirte der Minister das fernere Festhalten an der Politik Oesterreichs. Die Balkanstaaten überzeugten sich, daß die österreichisch-ungarische Monarchie nichts anderes wünsche, als die freie Entwicklung jener Staaten innerhalb der Bestim-mungen der Berliner Friedensabmachungen. Trotz der mannig-fachen Kabinettswechsel in Rumänien seien Oesterreichs Be-ziehungen zu diesem Staate unverändert geblieben. Für die Politik Rumäniens sei in erster Linie die Auffassung des Königs überaus maßgebend, welcher sich ungeheure Verdienste um die Entwicklung des Landes erworben hat. Unser Verhältnis zu Rumänien werde auch künftig so bleiben, da die beiderseitigen Interessen in vielen Beziehungen zusammenfallen. Die Be-ziehungen zu Serbien haben sich seit dem vorigen Jahre wesentlich gebessert, wozu der Besuch des Königs Alexander in Pest viel beigetragen hat. Bedauerlich sei es, daß die öffentliche Meinung in Serbien sich in größterischer Aspirationen vertiefe, welche für das Land künftig eine Quelle großer Gefahren bilden könnten. Graf Kalnoth hob alsdann rühmend die Klugheit und Besonnenheit Bulgariens rücksichtlich der Konsolidirung seiner inneren Verhältnisse hervor. Zwar stehe die Frage der Anerkennung des Fürsten noch auf demselben Punkte wie im vorigen Jahre, weil die ablehnende Haltung einzelner Mächte fortbestehe; aber deshalb wäre es für die allgemeine Situation gefährlich, die Frage der Anerkennung aufzuwerfen. Er könne den Bulgaren nur den Rath ertheilen, in der bisherigen Richtung ruhig fortzuarbeiten, mit der Forts als der suzeränen Macht sich gut zu verhalten und jeder abenteuerlichen Politik sich zu enthalten. Die Unruhen auf der Balkanhalbinsel seien lokale Natur; die Seiten seien vorüber, in denen dergleichen lokale Ruhe-störungen zu großen politischen Konflikten führen konnten. Bezüglich der Darbanellenfrage ertheile die Hoforte durch ein Circular Aufklärungen an alle Mächte, welche dieselben zur Kenntniß genommen haben. Die Entree zwischen den Ministern Giers und Rudini konnte nur vorteilhaft sein, weil Herr v. Giers durch die persönliche Berührung mit dem Marquis di Rudini die Ueberzeugung gewinnen mußte, daß Italien wie die übrigen Dreimächte im Orient dieselbe Politik verfolge. Selbstverständlich habe das Wiener Kabinet bei den freundschaft-lichen Beziehungen zu Italien über die Anwesenheit des Herrn v. Giers in Rom volle Vernehmung gewonnen.

Nach einem Berichte der „Köln. Ztg.“ erklärte Graf Kalnoth noch, wenn er in der europäischen Lage eine unmittelbare Kriegsgefahr sähe, so würde er den Dele-gationen ein anderes Militärbudget vorgelegt haben, als thatsächlich geschehen sei. Das Militärbudget sei daher der beste Beweis für seine Auffassung. In maßgebenden Delegationskreisen wird außerdem versichert, daß Kal-noth's Auffassung von der Rudini's und Lord Salisbury's nicht abweiche. Die Lage sei jetzt keine wesent-lich andere, als vor ein oder zwei Jahren; sie sei zwar immerhin ernst, werde aber hoffentlich bei dem allge-meinen Friedenswunsche auch nach einem oder zwei Jahren ebenso sein.

## Deutschland.

\* Berlin, 15. Nov. Seine Majestät der Kaiser lag auch am Freitag der Jagd ob. Es fand eine Suche mit der Fimdermutter auf Sauer im abgetrockneten Distrikt statt. Nachdem gegen 11 Uhr in Jagdzelten ein Jmbiß ein-genommen war, folgte ein Kappjagen auf Damwild. Diese Nacht ist der Kaiser zurückgekehrt.

Der General der Infanterie z. D. Eberhard v. Hartmann ist in der Nacht zu gestern hier nach nach langen Leiden gestorben. Ferner wird aus Minden berichtet, daß der Ingenieur-General Schulz, der 1870/71 bei den Belagerungen von Straßburg und Paris sich ausgezeichnet hat, gestern früh, 80 Jahre alt, dort gestorben ist.

Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ meldet, daß in einer am Freitag Nachmittag abgehaltenen Sitzung der österreichisch-ungarischen und italienischen Delegirten die Handelsvertragsverhandlungen zum Abschluß gelangt seien. Es erübrige jetzt nur noch die redaktionelle Festsetzung des Textes des Vertrags und der Tarife, so daß in den ersten Tagen der neuen Woche die Paraphirung auch dieses Vertrages erfolgen werde. (Der deutsch-italienische Vertrag ist, wie dasselbe Blatt zu melden wußte, bereits in der Freitagssitzung para-graphirt worden.)

Das Bochumer Schienenmaterial für die preußischen Staatsbahnen hat sich als ein durchaus gutes bewährt. Der „Reichsanzeiger“ ergänzt seine früheren Mittheilungen dahin, daß, während durchschnittlich von je 10 000 Stück gelieferter Schienen in jedem Garantiejahr 18/10 Bruch von je 10 000 gezählt wurden, von dem vom Bochumer Verein gelieferten Schienen in jedem Garantiejahr nur 0,724 Stück gebrochen und ersatz-pflichtig geworden seien.

## Frankreich.

Paris, 15. Nov. Der neugewählte sozialistische Abge-ordnete für Lille, Paul Lafargue, hat am Samstag seinen Einzug in die französische Deputirtenkammer ge-halten. Er erschien in Sitzungssaale, geleitet von seinen

bekanntem Gesinnungsgenossen Baudin und Cluseret, und wurde von der äußersten Linken, von der einzelne Mit-glieder ihm die Hand schüttelten, mit Beifall begrüßt. Präsident Floquet erklärte, man dürfe die Sitzung nicht durch eine Kundgebung unterbrechen. Der Boulangist Le Senne protestirte gegen diese Worte des Präsidenten, indem er bemerkte, man habe wohl das Recht, einen Kollegen willkommen zu heißen; er wurde wegen dieser Bemerkung zur Ordnung gerufen. Schon der Eintritt Lafargue's in die Kammer hat somit einen kleinen Zwi-schenfall hervorgerufen und Herr Lafargue wird auch in Zukunft von sich reden machen, vorausgesetzt, daß er seinen Sitz in der Kammer behauptet. Die Gültigkeit seiner Wahl in Lille ist nämlich nicht ungewisshaft. Dem Kammerbureau ist ein Protest gegen die Wahl Lafargue's zugegangen. In dem Protest wird ausgeführt, daß La-fargue nicht wählbar sei, weil er nicht Franzose sei und im Jahre 1871 als Ausländer aus Bordeaux ausge-wiesen worden sei. (Den Blättern zufolge soll Paul Fonseca de Lafargue im Jahre 1845 in Cuba geboren und sein Vater ein geborener Cubaner gewesen sein. Im letzten Kriege habe Lafargue keine Kriegsdienste geleistet und sei aus Bordeaux wegen Gefährdung der öffent-lichen Ordnung ausgewiesen worden.) Lafargue hat die Interpellation, die er wegen der Verurtheilung Kulline's gelegentlich der Arbeiterunruhen in Fourmies einbringen wollte, vertagt, bis die Kammer sich über die Richtigkeit seiner Wahl schlüssig gemacht haben wird.

## Amerika.

New-York, 14. Nov. Nach Mittheilungen aus Bra-silien macht der Aufstand in Rio Grande do Sul Fort-schritte und der erst am 15. Juli d. J. gewählte Gou-verneur oder „Präsident“ dieses Staates, Julio Prates de Castilhos, ist abgesetzt worden. Nach der Absetzung des Kaisers und ehe die neue Staatsverfassung ange-nommen worden war, hatte den Posten der Gouverneur der Visconde de Pelotas inne und es heißt, daß dieser jetzt an der Spitze der aufständischen Bewegung stehe. Brasilien ist in 7 Militärdistrikte, mit Ausschluß von Rio de Janeiro, eingetheilt, deren Oberbefehlshaber direkt der Generaladjutantur in der Bundeshauptstadt unter- stehen. Rio Grande do Sul, welcher Staat die zahl-reichsten Garnisonen hat, bildet für sich einen einzigen Militärdistrikt. Das Militär, welches die Centralregie-rung dorthin gesandt hat, weil sie Widerstand befürchtete, scheint fast nun zum Theil auf die Seite der Aufstän-dischen getreten zu sein.

## Verchiedenes.

\* München, 14. Nov. (Die Akademie der Wissen-schaften in München) wählte in ihrer heutigen Sitzung zum Ehrenmitgliede Seine Majestät Dom Pedro II., Kaiser von Brasilien. Zum ordentlichen Mitglied wurde für die mathematisch-physikalische Klasse: Dr. Ludwig Boltzmann, österreichischer Hofrath und Professor der theoretischen Physik in München, gewählt. Als auswärtige Mitglieder wurden gewählt: für die philosophisch-philologische Klasse: Dr. Alfred Bernice, Geh. Justizrath, Professor für römisches Recht in Berlin; Dr. Kurt Wachsmuth, Geh. Hofrath, Professor für klassische Philologie und alte Geschichte in Leipzig; Dr. Vatroslav Jagic, Hofrath, Professor für slavische Philologie in Wien; für die mathematisch-physikalische Klasse: Dr. Ernst Häckel, Professor für Zoologie in Jena, bisher korrespondirendes Mitglied; für die historische Klasse: Dr. Heinrich Brunner, Geh. Justizrath, Professor für deutsches Recht in Berlin, Dr. Friedrich Naagen, Hofrath, ordentlicher Professor für römisches und kanonisches Recht in Wien, beide bisher korrespondirende Mitglieder. Als korrespondirende Mitglieder wählte die Akademie für die mathe-matisch-physikalische Klasse: Ewald van Beneden, Professor der Zoologie in Brüssel, Giovanni Capellini, Professor der Geologie und Paläontologie in Bologna; für die historische Klasse: Dr. Theodor Koldz, Professor für historische Theologie in Erlangen, Anatole Le Roy-Beaulieu in Paris, Dr. Wilhelm Bode, Geh. Oberregierungs- und Direktor der Museen in Berlin, Dr. Gustav Winter, Archivar am k. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien.

W. München, 14. Nov. (Der Historienmaler Claudius Schraudolph) ist gestern in seinem Geburts-orte Oberndorf im Algau gestorben. Claudius Schraudolph, Historien- und Genremaler, war im Jahre 1813 geboren. Er war der Bruder des Historienmalers Johann Schraudolph, der im Jahre 1879 in München starb. Sein Sohn Claudius ist gleichfalls ein Maler, im Genrebild hervorragend, und seit 1888 Direktor der Kunstschule in Stuttgart.)

## Neueste Telegramme.

Wien, 16. Nov. Der Ausschuß der ungarischen De-legation für das Auswärtige genehmigte unverändert das Budget des Außern nebst den Nachtragskrediten.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Dard er in Karlsruhe.

